



FreiBrief aus Berlin 2/2014

Im Februar 2014
www.thorsten-frei.de

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in der vergangenen Woche durfte ich meine erste Rede vor dem Plenum des Deutschen Bundestages halten. Dabei ging es um die letztmalige Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan und die Frage, wie eine nichtmilitärische Nachfolgemission und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen aussehen könnte. Für mich war dies insbesondere auch deshalb eine denkwürdige Debatte, weil ich in meiner Zeit als Oberbürgermeister immer wieder damit konfrontiert war, dass auch Donaueschinger Soldaten am Hindukusch eingesetzt wurden.

Darüber hinaus habe ich in dieser Woche im Rahmen meiner Ausschusszuständigkeiten viele Gespräche mit Abgeordneten aus Mazedonien, Kosovo und Albanien geführt sowie mit dem amerikanischen Botschafter über das geplante Freihandelsabkommen gesprochen.

Wichtigstes Thema für uns war ein gemeinsames Gespräch mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt zu den Themen rund um die Belastungen aus dem Flughafen Zürich. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, hier zu substanziellen Verbesserungen zu kommen.

Im Wahlkreis standen und stehen derzeit meine Antrittsbesuche in den Rathäusern und viele Gespräche mit Unternehmen, Verbänden und Organisationen im Mittelpunkt. Auf ein baldiges Wiedersehen mit Ihnen bei einem dieser Termine freue ich mich.

Herzliche Grüße



Inhalte dieser Ausgabe:

- Thorsten Frei erstattet der CDU-Bundestagsfraktion mit Blick auf den Balkan und Südasiens Bericht
- Jungfernrede im Deutschen Bundestag zur Verlängerung des Engagements in Afghanistan
- Erfolgsmodell Tarifautonomie nicht auf Raten verabschieden
- Besuch bei Wieland-Werke AG in Villingen
- Gemeinsam mit Kordula Kovac MdB in Hausach unterwegs
- Im Gespräch mit der Senioren-Union Bezirksverband Südbaden
- Auswirkungen des Schweizer Volksentscheids zur Einwanderung müssen nicht befürchtet werden
- Qualität statt Mittelmaß sichert Wettbewerbsfähigkeit

- Stabile Konjunktur sorgt für volle Auftragsbücher und weniger Arbeitslose
- Südbadische Abgeordnete loten mit Bundesminister Dobrindt Kompromiss im Fluglärmstreit aus
- Im gesundheitspolitischen Gespräch mit der Schwenninger Krankenkasse
- Argumente statt Ideologien würden helfen, zu sachlicher Debatte über "Grüne Gentechnik" zurückzukehren

Thorsten Frei erstattet der CDU-Bundestagsfraktion mit Blick auf den Balkan und Südasiens Bericht

Nach meiner Benennung als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Europaausschuss haben sich nunmehr auch meine Aufgabenschwerpunkte in beiden Ausschüssen konkretisiert. Im Auswärtigen Ausschuss beschäftige ich mich stellvertretend für die gesamte Fraktion vertiefend als Berichterstatter mit den Entwicklungen auf dem Balkan und in Südasiens. Zu der Region gehören unter anderem Afghanistan, Pakistan und Bangladesch. Auch im Europaausschuss sind mir von meiner Fraktion verschiedene Berichterstatterrollen zugewiesen. Neben meinen Länderzuständigkeiten für Kosovo, Mazedonien, Albanien, Montenegro, Serbien und Bosnien-Herzegowina bin ich beispielsweise auch zuständig, wenn es um Revisionen der europäischen Verträge und Subsidiaritätsfragen bei der europäischen Gesetzgebung geht.

Ganz konkret bedeuten die Aufgaben, dass ich die politische Entwicklung in den genannten Ländern und Bereichen mit Augenmerk auf die Auswirkungen auf Deutschland verfolge, Kontakte in die Region pflege, meine Fraktionskollegen entsprechend informiere und ihr erster Ansprechpartner bin, wenn es um Einschätzungen und Entscheidungen im Zusammenhang mit meinen Verantwortlichkeiten geht.

Ich habe mich für diese Regionen bewusst entschieden, da sie mit Beginn des neuen Jahrtausends entscheidend für unser außenpolitisches Engagement waren und auch heute noch spannenden politischen Prozessen unterliegen. Man denke nur an die EU-Osterweiterung, die die ehemals verfeindeten Kriegsgegner zu Partnern macht, oder an den Abzug der Nato aus Afghanistan und die damit verbundene Frage nach dem Erhalt der Stabilität in der Region. In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass ich bereits mit Parlamentariern aus Mazedonien, dem Kosovo und Albanien ins persönliche Gespräch gekommen bin, um mögliche Wege zur weiteren Annäherung der genannten Länder an die EU zu erörtern, und im Rahmen der letztmaligen Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr während meiner Jungfernrede im Bundestag für ein weiteres vor allem ziviles Engagement werben konnte.



Bild: Im Gespräch mit Abgeordneten aus Albanien.

Jungfernrede im Deutschen Bundestag zur Verlängerung des Engagements in Afghanistan



Zur letztmaligen Verlängerung des am Ende des Jahres auslaufenden Bundeswehreinsetzes in Afghanistan durfte ich anlässlich meiner "Jungfernrede" ans Rednerpult des Deutschen Bundestages treten. Ich habe mich für ein weiteres Engagement in Afghanistan ausgesprochen. Die Rede und auch alle künftig folgenden Plenarbeiträge können Sie jederzeit unter www.thorsten-frei.de als Video ansehen bzw. nachlesen. Meine Jungfernrede finden Sie auf den Seiten des Bundestages unter <http://www.bundestag.de/Mediathek/>.

Lesen Sie auch meine Pressemitteilung zur völkerrechtlichen Verantwortung Deutschlands in der Welt nach unter <http://www.thorsten-frei.de/Staerkeres%20Engagement%20Deutschlands.html> sowie mein Statement zur Lage in Afghanistan unter <http://www.thorsten-frei.de/Afghanistan.html>.

Erfolgsmodell Tarifautonomie nicht auf Raten verabschieden

Anfang Februar ist in dem renommierten "Journal of Economic Perspectives" eine Studie über die Ursachen des sog. "Deutschen Jobwunders" erschienen. Demnach sind die Unabhängigkeit der Lohnverhandlungen von staatlichen Einflüssen sowie das Zusammenspiel der betrieblichen Parteien bei der Entscheidung über Tarifverträge und Lohnhöhen gerade mit Blick auf die Bewältigung vergangener konjunktureller Einflüsse maßgeblich für die gegenwärtige positive Lage verantwortlich. Die autonomen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben zur Zurückhaltung bei den Lohnstückkosten in konjunktureller Flaute und damit zurück zur Wettbewerbsfähigkeit "des kranken Mannes in Europa" geführt. Es wäre fatal, diese Stärke und Besonderheit unserer gewachsenen und bewährten Wirtschaftssystematik mit einem zwangsweise eingeführten Mindestlohn zu torpedieren. Die Pläne von Ministerin Nahles und ihrer SPD schwächen die Gewerkschaften und demontieren die Tarifautonomie stückweise. Die Gewerkschaften machen sich damit ein Stück weit überflüssig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich in der kommenden Gesetzgebung dafür einsetzen, dass die Vorgabe der Mindestlohnhöhe nicht politisch erfolgt, sondern sachgerecht durch die Tarifpartner verhandelt werden.



Besuch bei Wieland-Werke AG in Villingen



Im Rahmen meiner Unternehmensbesuche im Wahlkreis habe ich jüngst die Wieland-Werke AG am Standort Villingen besucht. Die Wieland-Gruppe mit Sitz in Ulm ist einer der weltweit führenden Hersteller von Halbfabrikaten und Sondererzeugnissen aus Kupfer und Kupferlegierungen. Wieland beschäftigt international rund 6700 Mitarbeiter; an den vier produzierenden Standorten in Deutschland insgesamt 4300 Mitarbeiter und stellt für Firmen in der Elektronik und Elektrotechnik sowie im Bereich Bauwesen, Maschinenbau, Kälte- und Klimatechnik und der Automobilindustrie diverse Halbfabrikate aus Kupferwerkstoffen her.

Gemeinsam mit Kordula Kovac MdB in Hausach unterwegs

Bei meinem ersten Arbeitsgespräch im Oberen Kinzigtal war ich in der Gemeinde Hausach unterwegs und kam mit Bürgermeister Manfred Wöhrle ins Gespräch. Begleitet wurde ich von meiner Kollegin im Deutschen Bundestag, Kordula Kovac. Den Dialog mit den Bürgermeistern möchte ich zukünftig fortsetzen und vertiefen. Den Bericht von Hausach finden Sie unter http://www.thorsten-frei.de/AB_Hausach.html.



Im Gespräch mit der Senioren-Union Bezirksverband Südbaden

Die Auswirkungen des Koalitionsvertrages sowie die anstehenden Kommunalwahlen waren Thema meines Besuches bei der Senioren-Union Südbaden. Im Vinzenz von Paul Hospital Rottweil habe ich den Anspruch der CDU deutlich gemacht, Politik auf klaren Wertefundament zu formulieren und eine kommunalfreundliche Politik zu betreiben. Besonders erfreut hat mich die Diskussionsbereitschaft der Senioren-Union, so konnten wir einen ganzen Strauß an Themen über alle politischen Ebenen hinweg ansprechen. Viele wichtige Aspekte nehme ich in meine Parlamentsarbeit mit.

Auswirkungen des Schweizer Volksentscheids zur Einwanderung müssen nicht befürchtet werden

Nach dem Volksentscheid bleibt es nun abzuwarten, wie die Schweizer Regierung das Votum aufnimmt und in den kommenden Jahren umsetzt. Ich bin aber überzeugt, dass die avisierte Abschottung eher zum Nachteil für die Schweiz sein wird. Der mit dem Volksentscheid zum Ausdruck gekommene mehrheitliche Wille stellt sich klar gegen die fundamentalen Prinzipien der EU. Die EU muss und wird die Sachlage zu gegebener Zeit aufgreifen und nüchtern analysieren. Die EU wird es auch nicht hinnehmen, dass die Schweiz sich einzelne Rosinen von der Partnerschaft mit der EU - von der sie ganz offensichtlich profitiert - herausucht, während gleichzeitig eigene Zugeständnisse zurückgenommen werden. Es muss klar sein, dass eine faire Partnerschaft nur auf Augenhöhe stattfinden kann.

Qualität statt Mittelmaß sichert Wettbewerbsfähigkeit

Zu den Plänen der EU-Kommission, durch flexiblere und transparentere Rahmenbedingungen den Berufszugang EU-weit zu erleichtern, habe ich meinen Standpunkt in Form einer Pressemitteilung kundgetan.

Viele Länder in Europa und auch weltweit schätzen unser Modell der "Dualen Ausbildung" und den "Deutschen Meisterbrief". Beide sind ein Gütesiegel "Made in Germany" und haben mit Blick auf Qualitätskriterien einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet, damit Deutschland die aktuellen Krisen gut überstehen konnte. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass wir von verschiedenen Seiten gebeten werden, bei der Etablierung ähnlicher Systeme zu unterstützen.

Gerade auch die wirtschaftliche Leistungskraft der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg gründet auf hervorragend ausgebildeten Fachkräften. Deshalb erachte ich es als fatalen Schritt, wenn die EU-Kommission den Wettbewerb innerhalb Europas mittels abgesenkter Berufsvoraussetzungen ankurbeln will. Mit Blick auf die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs und insbesondere mit den Schwellenländern dürfen wir unsere heutigen Wettbewerbsvorteile nicht aufgeben und auf Mittelmaß setzen. Durchschnittliche Standards helfen keinem Land in Europa, um sich zukunftsfest aufzustellen und leistungsfähiger zu werden.

Stabile Konjunktur sorgt für volle Auftragsbücher und weniger Arbeitslose

Die Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts für das laufende Jahr 2014 durch das Bundeskabinett ist äußerst positiv. Die Wachstumsprognosen für dieses und nächstes Jahr sind mit 1,8 bzw. 2,0 Prozentpunkten besser als erwartet und bestätigt den guten Konjunkturtrend.

Mehr Menschen denn je werden in Arbeit sein. Gleichzeitig sorgen die um mehr als 3,3 % steigenden Reallöhne dafür, dass alle Menschen mehr Geld in der Tasche haben und insgesamt mehr ausgeben werden.

Gerade auch für unsere Wirtschaftsregion Schwarzwald- Baar-Heuberg mit einer stark mittelständisch und exportorientierten Wirtschaft sind das beste Aussichten, um die öffentlichen Kassen zu füllen und den Wohlstand der Menschen zu sichern und verbessern. Die vorgestellten Zahlen sind nicht zuletzt das Ergebnis unserer hervorragenden Politik der vergangenen acht Jahre, für die wir heute die Ernte einfahren, und die unter unserer Führung getroffenen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags. Es kommt jetzt weiterhin darauf an, Wettbewerb, Deregulierung und Bürokratieabbau zu fördern. Wir sind uns diesbezüglich unserer großen Verantwortung als wirtschaftsfreundliche Kraft der Großen Koalition bewusst.

Südbadische Abgeordnete loten mit Bundesminister Dobrindt Kompromiss im Fluglärmstreit aus

Der Entwurf zum Fluglärm-Staatsvertrag kann in der vorliegenden Form nicht in ein Ratifizierungsverfahren im Deutschen Bundestag eingebracht werden. Dies war die zentrale Botschaft eines Treffens meiner südbadischen CDU-Bundestagskollegen Thomas Dörflinger, Andreas Jung und Gabriele Schmidt mit dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt (CSU), in Berlin.

Wir machten dabei nochmals deutlich, dass die Begrenzung der Anzahl der Flugbewegungen, die Flughöhen, die Definition der Flugrouten, die Umstände des "gekröpften Nordanflugs" sowie die Zukunft des Warteraumes RILAX nicht oder für die Region nicht zufriedenstellend geregelt seien. Dies sei jedoch Voraussetzung für ein positives Votum zum Vertrag. Das habe die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg bereits in der vergangenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages klar zum Ausdruck gebracht und sich geschlossen gegen eine vorschnelle Ratifizierung gestellt.

Wir forderten Bundesminister Dobrindt auf, die Kritikpunkte auch bei dem in der nächsten Woche anstehenden Gespräch des Ministers mit der Schweizer Verkehrsministerin Doris Leuthard deutlich zu machen.

Andreas Jung, südbadischer CDU-Bezirksvorsitzender, lud den Verkehrsminister zu einer regionalen Verkehrskonferenz an den Hochrhein ein, wo Gelegenheit bestehen soll, neben der Frage der Flugverkehrsbelastung auch Fragen der regionalen Verkehrsinfrastruktur wie die Zukunft des Lückenschlusses der B523 sowie des weiteren Ausbaus der B27, zu besprechen.

Gespräch mit der Schwenninger Krankenkasse



In Berlin berichtete mir der Vorstandsvorsitzende der Schwenninger Krankenkasse, Siegfried Gänslar, von der Arbeit der Schwenninger Krankenkasse und stellte das Unternehmen, das allein in Villingen-Schwenningen über die Hälfte der insgesamt rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, vor. In dem konstruktiven Dialog, den wir zukünftig fortsetzen wollen, ging es um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum als Primärherausforderung im Schwarzwald-Baar-Kreis. Oberstes Ziel ist es, die Gesundheitsversorgung im Landkreis ohne Abstriche und mit hoher Qualität im ambulanten wie auch stationären Bereich erhalten zu können.

Argumente statt Ideologien würden helfen, zu sachlicher Debatte über "Grüne Gentechnik" zurückzukehren

Zu der über die Medien kolportierte Kritik von Bündnis 90 / Die Grünen im Schwarzwald-Baar-Kreis an der im Bundestag erfolgten Abstimmung über "Grüne Gentechnik" habe ich eine Pressemitteilung verfasst, in dem ich innerhalb der Diskussionen zur Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 durch die EU-Kommission und die damit zusammenhängende Enthaltung der Bundesregierung im EU-Ministerrat alle Seiten dazu auffordere, die Argumente und Fakten frei von ideologischen Vorurteilen zu betrachten. Meinen Standpunkt können Sie hier nachlesen <http://www.thorsten-frei.de/Argumente%20statt%20Ideologien.html>.



Möchten Sie meinen Newsletter bequem per E-Mail erhalten? Kein Problem! Senden Sie mir hierfür eine kurze Nachricht an thorsten.frei@bundestag.de mit den Hinweis, an welche E-Mail-Adresse ich Ihnen den Newsletter zukünftig senden darf.

THORSTEN FREI • Mitglied des Deutschen Bundestages • Oberbürgermeister a.D.



Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro
Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU